

„ZUR ZEIT“

**EINE RECHTSEXTREME POSTILLE
ZWISCHEN ANTISEMITISMUS,
NS-RELATIVIERUNG UND
AUTORITARISMUS**

DOSSIER „STOPPT DIE RECHTEN“ 2020

1. Einleitung	1
1.1 „Zur Zeit“: Ein Rückblick auf antisemitische Anfänge.....	1
1.2 Staatlich geförderte Hetze: Öffentliche Fördergelder und Inserate	3
2. Autoritarismus und Antiliberalismus	3
2.1 Vorbild Orbán	3
2.2 Faschistoide Fantasien	4
2.3 Lob für Diktatoren	5
2.4 Gegen Demokratie und „Völkergemisch“ und die „Zivilreligion“ Menschenrechte ...	6
2.6 Autoritäre Opferposen und aggressive Wehleidigkeit	8
3. Antisemitismus	10
3.1 Sündenbockmentalität & Verschwörungsnarrative – Vorhof des Antisemitismus	11
3.2 Antisemitische Codes: Projektionsfläche Soros	11
3.3 Antisemitischer Hohn I: „Antisemitische Betätigung“ als „berechtigte Kritik“	13
3.4 Antisemitischer Hohn II: „Ayatollah Deutsch“	14
4. Revisionismus und NS-Relativierung	15
4.1 Das „offizielle Geschichtsverständnis“	15
4.2 „beim Volk überaus beliebt“ – Lob für den Shoah-Massenmörder Ion Antonesco ..	16
5. Völkische Ideologie und identitärer Rassismus	17
5.1 Der „voranschreitende Bevölkerungsaustausch“	18
5.2. „Asylindustrie“, „Masseninvasion“, „Zersetzung“	18
6. Fazit	20
Impressum	21

1. EINLEITUNG

Die FPÖ-nahe Wochenzeitung „Zur Zeit“ verbreitet seit über zwei Jahrzehnten rechtsextreme Hetze und völkische Ideologie. Dennoch erhält das Blatt weiterhin jährlich Fördermittel aus der öffentlichen Hand, und Herausgeber Andreas Mölzer darf sich immer wieder in Talkshows profilieren.

Dieses Dossier dokumentiert die rechtsextreme Normalität von „Zur Zeit“ entlang einiger zentraler Definitionskriterien des Rechtsextremismus. Dazu beziehen wir uns auf unsere Recherchen der letzten zwei Jahre, die wir großteils auf unserer [Website](#) „[stopptdierechten.at](#)“ veröffentlicht haben. Die mit „→“ gekennzeichneten Verweise führen zu [jenen Beiträgen](#), die die hier erwähnten Texte aus „Zur Zeit“ ausführlicher behandeln.

Die Zusammenstellung dieser Recherchen soll aufzeigen, dass der in „Zur Zeit“ durchgehend vertretene völkische Antiliberalismus regelmäßig in Antisemitismus, NS-Relativierung und einer offenen Ablehnung der liberalen, demokratischen Gesellschaftsordnung mündet. Die immer wieder im Medienfokus stehenden „Entgleisungen“ von „Zur Zeit“ sind vor diesem Hintergrund lediglich als Zuspitzungen einer rechtsextremen Normalität einzustufen, die das Blatt durchgehend vertritt.

1.1 „ZUR ZEIT“: EIN RÜCKBLICK AUF ANTISEMITISCHE ANFÄNGE

Die Zeitschrift wurde 1997 durch den FPÖ-Ideologen Andreas Mölzer gegründet und wollte nach dem Vorbild der deutschen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ eine [Brückenbaufunktion zwischen rechtskonservativen und völkisch-deutschnationalen Positionen](#) erfüllen. Die Umsetzung dieses Vorhabens war jedoch seit Beginn von antisemitischen und NS-verharmlosenden Entgleisungen begleitet, die auch oftmals durch das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) dokumentiert wurden.

So versucht sich etwa der Theologe Robert Prantner in Ausgabe 7/1997 (S. 4) in christlichem Antisemitismus, wenn er sich auf die mittelalterliche Ritualmordlegende bezieht:

„Es wäre eine Verfälschung der Geschichte, (...) etwa bestimmte Ritualmorde zu mittelalterlicher Zeit dem phantasiebestimmten 'Hass des Nationalsozialismus' zuzuschreiben. Auch Verbrechen von jüdischen

Menschen an Christen sind beklagenswerte Geschichte, an Kindern, wie etwa dem seligen Märtyrerkind [Anderl von Rinn](#) wie an erwachsenen Menschen zu vorösterlicher Zeit.“ (zit. nach DÖW)

In der Ausgabe 23/1999 (S 11) kommt es zu Holocaustleugnung und offener NS-Apologie: Hans Gamlich sieht in Hitler einen „großen Sozialrevolutionär“, leugnet die Schuld Nazi-Deutschlands am Zweiten Weltkrieg, bezeichnet den Holocaust als „Mythos“, der „im größten Schauprozess der Weltgeschichte in Nürnberg institutionalisiert“ worden sei und behauptet die Unmöglichkeit von „Massenvergasungen mittels Zyklon-B“, wobei er sich mitunter auf verurteilte Holocaustleugner bezieht (zit. nach DÖW). Der Text führt zur Verurteilung von Hans Gamlich durch ein Wiener Gericht, hatte jedoch keine Konsequenzen für Mölzer oder die Zeitschrift selbst. Gegen Mölzer wurde zwar ein Verfahren eingeleitet, das jedoch mit einer Einstellung endete, weil er glaubhaft machen konnte, „[dass er den inkriminierten Text vor Drucklegung nicht gelesen habe](#)“.

In der Ausgabe 7/2000 nennt „Zur Zeit“ als „Hintergründe“ für die internationale Kritik an der schwarz/blauen Koalition in Österreich: Den „*alte[n] Deutschenhass, der auf dem kleinen Österreich abgeladen werden kann, und jüdisch-israelische Ambitionen, einen Buhmann zu haben, um weitere finanzielle Forderungen zu legitimieren*“. (zit. nach DÖW – siehe hier auch zahlreiche weitere antisemitische Ausfälle der frühen Jahre von „Zur Zeit“)

In Ausgabe 46/1999 (S. 3) wird der deutsche Neonazi Horst Mahler interviewt; er erzählt in antisemitischer Manier vom „*weltweit wuchernde[n] Spekulationskapital*“, welches die „*Völker (...) in ihrer Existenz*“ bedrohe. Außerdem wolle er die „*parlamentarische Regierungsform (...), die uns in diesen beiden Weltkriegen aufgezwungen worden ist, die undeutsch ist*“ in Form einer nationalen Revolution überwinden. (zit. nach DÖW)

„Zur Zeit“ steht seit der Gründung in einem ungebrochenen inhaltlichen, personellen und propagandistischen Naheverhältnis zur FPÖ. Im Jahr 2012, als das Wochenblatt von Großauf Magazinformat umgestellt wurde, konstatierte das DÖW, dass es nun „[mehr denn je als freiheitliches Parteiblatt](#)“ wirke. (Im Jahr 2018 äußert Bernhard Weidinger vom DÖW gegenüber dem Standard, „Zur Zeit“ sei „[FPÖ-konform](#)“; dazwischen gebe es allerdings immer wieder Entgleisungen, die „*ins Faschistische gehen*“. Auch diesbezüglich weist die Zeitschrift also eine ungebrochene Kontinuität auf.)

1.2 STAATLICH GEFÖRDERTE HETZE: ÖFFENTLICHE FÖRDERGELDER UND INSERATE

„Zur Zeit“ erhält Fördermittel aus der öffentlichen Hand: die sogenannte Vertriebsförderung für Wochenzeitungen. Das DÖW hat das [bereits im Jahr 2001](#) kritisch aufgegriffen und den Charakter von „Zur Zeit“ nochmals als Scharnier zum Rechtsextremismus bestimmt. Damals bezog „Zur Zeit“ nach Berichten der Wochenzeitung „profil“ 800.000 Schilling aus Mitteln der Presseförderung.

In den letzten Jahren erhält das Blatt jährlich etwa 45.000 Euro an Steuergeldern. Diese staatliche Medienförderung wurde im Kontext der im Parlament beschlossenen Pandemie-Maßnahmen nun sogar massiv erhöht – die rechtsextreme Zeitung bekommt 2020 zu den [44.518 Euro aus der regulären Förderung](#) zusätzlich [66.700 Euro aus der öffentlichen Hand](#).

Zudem konnte „Zur Zeit“ ab der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch einen FPÖ-Minister im Jahr 2017 auch über Inserate Einnahmen lukrieren: So finden sich etwa in den Ausgaben 46 und 47 (beide im November 2018) sowie in der Ausgabe 23-24 (Juni 2019) Inserate des Verteidigungsministeriums, in welchen um SoldatInnen geworben wurde. Diese skandalöse Praxis wurde durch Übergangminister Thomas Starlinger im Sommer 2019 eingestellt.

→ [Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ \(Teil 1\): Eine Entgleisung kommt selten allein](#)

→ [„Zur Zeit“: Staatlich geförderter Antisemitismus](#)

2. AUTORITARISMUS UND ANTLIBERALISMUS

„Zur Zeit“ bezieht sich kontinuierlich positiv auf autoritäre Systeme und bringt diese als Gegenentwurf zu liberalen Gesellschaften in Stellung.

2.1 VORBILD ORBÁN

Auffällig oft bezieht sich „Zur Zeit“ positiv auf Ungarns Machthaber Viktor Orbán und dessen Propagierung einer „illiberalen Demokratie“.

In der Ausgabe 47/2018 lobt etwa Redakteur Bernhard Tomaschitz in einem Artikel mit dem Titel „Das neue Europa im Vormarsch“ (S. 30-37) explizit Orbáns „*illiberale Demokratie*“ als „*Gegenentwurf zur westlichen Demokratie*“. Zudem wendet er sich gegen die „*ständige Dämonisierung Russlands durch westliche Medien*“, womit ein zweites Steckenpferd der ständigen Autoritarismus-Apologie von „Zur Zeit“ benannt ist.

→ [Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ \(Teil 2\): So normal kann Extremes sein](#)

Die „Zur Zeit“-Ausgabe 14/2019 trägt den Titel: „Ungarn: Vorbild für Europa?“ (S. 29-37). Darin wird der autoritäre Kurs der ungarischen Fidesz-Partei durchwegs gelobt, etwa durch den ehemaligen FPÖ-Nationalratsabgeordneten Johannes Hübner (S. 28-30), der wegen der Veröffentlichung seiner bei einem rechtsextremen Kongress getätigten [antisemitischen Anspielungen](#) auf eine erneute Kandidatur für den Nationalrat verzichten musste und inzwischen als freiheitlicher Bezirksrat in Wien-Wieden gelandet ist.

Orbáns antisemitische Hetze gegen George Soros wird in der Ausgabe offensiv verteidigt und auch reproduziert: So behauptet wiederum Tomaschitz, dass sich die EU-Institutionen vor allem daran stören würden, dass „*Orbán nicht nach der Pfeife des in Brüssel bestens vernetzten US-Spekulanten Soros tanzt*“ (siehe dazu mehr in Abschnitt 3.2).

→ [Zum völkischen Eiertanz des Andreas Mölzer \(Teil 2\): Identitäres in Mölzers „Zur Zeit“](#)

2.2 FASCHISTOIDE FANTASIEN

Im Oktober 2018 war „Zur Zeit“ wegen eines herausragend heftigen Artikels kurz im medialen Fokus: Der betreffende Beitrag mit dem Titel „*Mehr Recht, Ruhe und Ordnung im Land!*“ (Ausgabe 40/2018, S. 38-39) stammt von Lajos Rohonczy, der auch als Autor für das [antisemitische und homophobe Internetportal „kreuz-net“](#) aufscheint.

In dem Artikel entfaltet Rohonczy eine zutiefst autoritäre Fantasie davon, was „Otto Normalverbraucher“ in Österreich von der Politik angeblich gerne hätte (siehe auch Standard). Der Autor plädiert für eine Reihe von antidemokratischen Maßnahmen, u.a. die Wiedereinführung des „*Arbeitshauses*“, die Beweislastumkehr „*bei Berufsverbrechern*“, die Aberkennung des Erziehungsrechts von Eltern renitenter SchülerInnen, ein generelles Kopftuchverbot in der Öffentlichkeit, die Säuberung des ORF (von „*linksextremen Elementen*“),

die Aberkennung des Wahlrechts von „*anti-autochthon eingestellten Gruppen*“ (denn diese „*gelten als außerhalb des Verfassungsbogen stehend*“), kein Arbeitslosengeld bei „*Nasenringen, Tätowierungen und ähnlichen Verunstaltungen*“, der Auftrag an alle RichterInnen, „*Urteile volksnah (...) abzufassen*“ und schließlich eine als „*Entlastung*“ getarnte Beschneidung des Verfassungsgerichtshofs: Dieser soll nur noch tätig werden können, „*wenn ein Antrag von einer dazu befugten Stelle eingebracht wird*“. Das offene Plädoyer für Zwangsarbeit (Stichwort „[Arbeitshaus](#)“) würzt der Autor mit Gewaltfantasien gegen Unwillige. Das klingt so: „*Arbeitshaus wieder einführen, wobei Belohnungen und Sanktionen jeweils gruppenweise erfolgen, damit innerhalb der Gruppe Abweichler (Arbeitsunwillige, Simulanten) diszipliniert werden können.*“

In Folge der medialen und politischen [Skandalisierung](#) dieses Textes, wurde die [geplante Vergabe eines Medienpreises](#), der im Rahmen des von Martin Graf gegründeten Dinghofer-Symposiums am 8. November 2018 im Palais Epstein an „Zur Zeit“ vergeben werden sollte, abgesagt. Die Ehrung fand später im „Haus der Heimat“ der Landsmannschaften statt. Damit wurde ein inhaltlich passenderer Ort gewählt, an dem seit vielen Jahren [Veranstaltungen mit Rechtsextremen](#) und auch [Holocaustleugnern](#) stattfinden.

Als Reaktion auf die Empörung über den Artikel hat „Zur Zeit“ sich von dem Text distanziert. In einer APA-Meldung [vom 15. Oktober 2018](#) behauptet Zur-Zeit-Redakteur Bernhard Tomaschitz, der Text sei „*ursprünglich als Brutal-Satire gedacht*“ gewesen und lediglich „*aus Versehen (...) ungeprüft ins Blatt*“ gerutscht; der Inhalt entspreche „*in keinsten Weise der Blattlinie*“.

2.3 LOB FÜR DIKTATOREN

In derselben Ausgabe 40/2018 (S. 59) kritisiert der Zur Zeit“-Mitherausgeber, Walter Seledec (Ex-ORF-Chefredakteur, FPÖ-Bezirksrat in Wien-Döbling und Mitbegründer des „Vereins zur Pflege des Grabes von Walter Nowotny“), einen Vorstoß des spanischen Ministerpräsidenten, alle faschistischen Symbole der Franco-Zeit aus der Öffentlichkeit zu entfernen. In einleitenden Worten bezeichnet Seledec den Massenmörder Franco als „*konservativen Armeeführer*“, der sich im Bürgerkrieg an die „*Spitze der Aufstandsbewegung*“ gesetzt habe, „*um das Land zu befrieden*“ und der schließlich nach dem Krieg die „*Regierungsgeschäfte*“ übernommen habe. Zur Entfernung einer Franco-Statue in Madrid meint Seledec traurig: „*Der Sieger schreibt die Geschichte, so einfach ist es eben!*“. Ganz so, als hätte Franco nicht bis zu seinem Lebensende 1975 ein mörderisches, faschistisches Regime angeführt.

→ Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ (Teil 1): Eine Entgleisung kommt selten allein

In der Ausgabe 11/2019 (S.16) feiert Alexander Schleyer die repressive und rassistische Politik gegen Muslime in Indien. Er freut sich etwa, dass der indische Staat im Sommer 2018 vier Millionen Muslime ausgebürgert – oder wie Schleyer schreibt, „[s]ich entledigt“ – habe. Schleyer schließt seine Deportationsfantasien mit dem Satz: „Möge Shiva seinen Zorn entladen und Brahma die Kraft des geheimen Deutschland erwecken.“

Auch für die massenmörderische Anti-Drogen Politik des philippinischen Machthabers Duterte hat „Zur Zeit“ Verständnis. Zu dem Austritt des Staats aus dem Internationalen Strafgerichtshof heißt es in einem kurzen Text der Nr. 12/2019 (S. 18): „Auch Dutertes Krieg gegen Kriminalität empörte das legitimationslose Weltgericht.“ Garniert ist der Beitrag mit einem Foto von Duterte mit automatischer Waffe.

In derselben Ausgabe (S. 5) gibt es einen Kurzbeitrag mit dem Titel „Hoffnung Weißrussland“, in dem die dort herrschende Diktatur abgefeiert wird, bis in die Details, dass es in Weißrussland keine „Schwulenparaden“ gebe, die Ehe Mann und Frau vorbehalten sei und Straftaten „entsprechend hart geahndet [werden,] bis zur Todesstrafe“. Der Text schließt mit: „Ein Traum.“

Im Jahr 2015 hat „Zur Zeit“-Redakteur Bernhard Tomaschitz bereits ganz ähnlich über die Weißrussische Diktatur als ein „Vorbild“ geschrieben. Das DÖW verfasste dazu einen Eintrag mit dem Titel „Antidemokratische Freiheitliche“. Tomaschitz freut sich in seinem Text u.a. über ein Dekret, das „Arbeitsunwillige“ mit Strafe bedroht und darüber, dass „volkszerstörende Aktivitäten, wie sie hierzulande von den Linken und den Anhängern der ‚Frankfurter Schule‘ betrieben werden, (...) in Weißrussland unzulässig“ seien (zit. nach DÖW).

→ Zum völkischen Eiertanz des Andreas Mölzer (Teil 2): Identitäres in Mölzers „Zur Zeit“

2.4 GEGEN DEMOKRATIE UND „VÖLKERGEMISCH“ UND DIE „ZIVILRELIGION“ MENSCHENRECHTE

Im August 2018 (Ausgabe 32-33, S. 38-49) erschien ein Beitrag mit dem Titel „Wie Europa noch zu retten ist“. Dieser stammt aus der Feder des Burschenschafters Wolfgang Caspart, einem ehemals leitenden Funktionär des Freiheitlichen Akademikerverbands Salzburg, der bereits wegen Verhetzung vor Gericht gestanden ist, aber freigesprochen wurde. Darin wird

offen zur Abschaffung der Demokratie aufgerufen (siehe auch [Kurier](#)), oder präziser: Caspart plädiert für eine Konterrevolution gegen die Demokratie. Er setzt bei seinem Rundumschlag historisch bei der Französischen Revolution an, mit der „*das willkürlich entscheidende Volk an die Stelle Gottes*“ getreten sei; die Realität werde „*durch die Gewaltenteilung ersetzt*“, es folge das allgemeine Wahlrecht und ein „*grundlegender Wandel des Rechtsbewusstseins zu Gunsten des Ochlos (Pöbels)*“.

Gegen dies (also Gewaltenteilung und allgemeines Wahlrecht) wendet sich offenbar Caspart, wenn er stattdessen für eine „*offene und natürliche Autorität*“ plädiert. Caspart möchte die „*Diktatur des keine Werte anerkennenden Pöbels*“ – in der er die emanzipatorische Entwicklung seit der französischen Revolution offensichtlich kulminieren sieht – aufhalten und plädiert daher dafür, „*Staat und Religion (...) wiederzuvereinigen*“. Ohnehin sei Demokratie nur „*schöner Schein*“ und „*ihre konterrevolutionäre Beseitigung würde der breiten Masse keineswegs schaden*“.

Caspart wettert anschließend gegen liberale Demokratien als „*Melting Pot an Multikulturalität und Völkergemisch*“. Mit dem letzteren Begriff rückt er in die Nähe von NS-Jargon. Dabei fehlt auch die verschwörungstheoretische Anspielung nicht: Dieser „*Melting Pot*“ werde „*durch Migrationsbewegungen künstlich immer weiter forciert*“. Casparts Gegenstrategie: „*Alles, was europäische Kultur zerstört und krank gemacht hat, muss selbst vernichtet werden. Die Strategie der revolutionären Zersetzung [womit er die Aufklärung ab der französischen Revolution meint; Anmk. SdR] erzwingt jetzt ihren umgekehrten Einsatz gegen die Zersetzer selbst.*“

Das faschistoid-martialische Vokabular („*Zersetzung*“/„*Vernichtung*“), die völkische Ausrichtung (gegen das „*Völkergemisch*“), der offene Hass gegen alles Abweichende („*Queer-Propaganda*“ gehöre „*unter Strafe gestellt*“) und die explizite Ablehnung von Demokratie, Liberalismus und Aufklärung machen diese *Mélange à la Caspart* zu einem Gebräu, das tatsächlich über die durchschnittliche und [FPÖ-konforme Hetze von „Zur Zeit“](#) hinausgeht. Caspart träumt offensichtlich vom gewaltsamen rechten Umsturz, und das tut er unverhüllt, klar und konsequent – ein hasstriefender Satz folgt dem anderen, bis zum bitteren Ende: Das Krankmachende muss vernichtet werden.

Caspart darf etwa zehn Ausgaben später (Nr. 42/2018, S. 38-39) wieder über die zersetzende Demokratie nachdenken. Diesmal plädiert er für „*nationale Überhöhung*“ gegen die „*heillose Entwurzelung*“, welche Demokratie und Individualismus befördern. Dazu besetzt er den NS-Kriegsbegriff der „*Schicksalsgemeinschaft*“ – wieder im völkischen Sinn – positiv: „*Erst die Kultur-, Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft gewährt dem Einzelnen seine Menschenwürde.*“

→ Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ (Teil 1): Eine Entgleisung kommt selten allein

Während Caspart relativ unverblümt von einer Art völkischer Diktatur träumt, zeigt Mölzer im Editorial der Ausgabe 8/2019, wie man ähnliche autoritäre Wunschvorstellungen in einem Jargon der Demokratie transportieren kann. Er wiederholt und bekräftigt die skandalöse Aussage des damaligen Innenminister Kickl, wonach das Recht der Politik zu folgen hätte: Mölzer unterscheidet zwischen „Bürgerrechten“, für die sich sein Lager angeblich schon immer eingesetzt habe und „*universellen Menschenrechten*“, die „*etwas ganz anderes*“ seien. Nämlich eine „*Zivilreligion (...) jenseits der bürgerlichen Grundrechte, die ja an eine staatlich formierte Gemeinschaft und an Bürgerpflichten gebunden sind.*“ (Womit er klar macht, das Einzelne nicht einfach Rechte haben, sondern diese an Gemeinschaft und Pflichten gebunden sein sollen.) Mölzer schreibt weiter: „*Diese universellen Menschenrechte existieren gewissermaßen abstrakt und bindungslos und werden im Zeitalter der Massenmigration zunehmend als Hebel gegen nationalstaatliche Souveränität und demokratische Selbstbestimmung (...) eingesetzt.*“

Mölzer bedient hier eine beliebte Formel von Rechtsextremen: In einer Demokratie soll doch alles Recht vom Volke ausgehen, so auch Grund- und Menschenrechte, und wenn der Souverän, also das Volk, das eben anders haben möchte, dann sei das auch eine demokratische Entscheidung. Grund- und Menschenrechte gelten hier nicht mehr als das, was sie sind – nämlich Voraussetzung und Grundbedingung von Demokratie –, sondern werden einem imaginierten „Volkswillen“ untergeordnet und sollen dementsprechend politisch verhandelbar sein. Mölzer nennt das den „*freiheitlichen Rechtsstaat*“, der aber in Wahrheit nichts anderes als eine völkische Pseudodemokratie sein kann.

→ Zum völkischen Eiertanz des Andreas Mölzer (Teil 2): Identitäres in Mölzers „Zur Zeit“

2.6 AUTORITÄRE OPFERPOSEN UND AGGRESSIVE WEHLEIDIGKEIT

Obwohl sich „Zur Zeit“-Autoren gerne als hartgesottene Fan-Boys von Diktatoren deklarieren, beherrschen sie es auch perfekt, sich als wehleidige Opfer zu inszenieren, also die übliche rechtsextreme Rhetorik der Täter-Opfer-Umkehr zu bedienen, die Teil des definitorischen Kerns von Rechtsextremismus ist. Dies wird meist im Ton einer milieutypischer Larmoyanz vorgetragen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Ausgabe 45/2019. Darin findet sich – als Reaktion auf den [Liederbuch-Skandal](#) um den FPÖ-Abgeordneten Wolfgang Zanger – ein an das „Korporationsstudententum“ gerichteter „Vorschlag für ein Positionspapier“, das sich inhaltlich tatsächlich begrüßenswert klar gegen Rassismus, Antisemitismus und Chauvinismus richtet (S. 14-15). Mölzer fordert im Editorial derselben ZZ-Ausgabe (S. 6) eine „Aufklärungswelle“ und eine „Selbstdarstellung“ der pennalen und akademischen Burschenschaften. Das klingt zwar gut, wird von Mölzer aber leider nicht aus der Einsicht heraus gefordert, dass es ein Problem bei den Burschenschaften gibt, sondern um sich gegen die „Diffamierung zur Wehr“ zu setzen. Mölzer bezeichnet die berechtigte und erwartbare Kritik an Zanger, seiner Korporation und dem braunen Liederbuch allen Ernstes als einen „Vernichtungsfeldzug“. Das wundert jedoch wenig, da Mölzer selbst Mitglied der betroffenen pennalen Verbindung „Corps Austria zu Knittelfeld“ ist.

In demselben Ton einer aggressiven Wehleidigkeit geht es weiter durch die Ausgabe: Zanger spricht in einem Interview (S. 12) von einer „Hetzkampagne gegen die FPÖ, die Waffenstudenten und gegen mich als Person“; Wendelin Mölzer schreibt in einem Artikel mit dem Titel „Hetzkampagne“ (S. 12-13) von einer „Verfolgungsjagd auf Verbindungen und die FPÖ“ und von einem „Vernichtungskrieg“ (diese grotesken Formulierungen bekommen hier einen NS-relativierenden Beigeschmack, schließlich wird der Begriff „Vernichtungskrieg“ normalerweise auf den tatsächlichen Vernichtungsfeldzug der Nazis in Osteuropa angewandt).

→ [Mölzer, die „Volksgemeinschaft“ und der „Bevölkerungsaustausch“](#)

In Nr. 47/2018 (S. 17) platziert Alexander Schleyer die paranoide Wahnvorstellung, dass es „terrorähnliche Maßnahmen der stillen Repression“ gegen Vertreter des nationalen Lagers gebe. Als Beispiel nennt er etwa die Kündigung des Privatkontos von Identitären-Chef Martin Sellner.

→ [Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ \(Teil 2\): So normal kann Extremes sein](#)

Die „Zur Zeit“-Texte von Alexander Schleyer zeichnen sich insgesamt durch eine besonders vulgäre Form dieser aggressiven Opferpose aus. So musste er etwa in Ausgabe 13/2019 einen Widerruf schalten: Er hatte in der Nr. 3/2019 (S. 31-37) über die Journalistin Nina Horaczek behauptet, die „einst für den RAF-freundlichen ‚Falter‘ schreibende ‚Chefreporterin““ hätte politische Gegner „durch Privatklagen (...) systematisch wirtschaftlich vernichtet“.

Schleyer distanziert sich freilich nur von dieser einen konkreten Aussage, obwohl der gesamte Artikel infam, grenzüberschreitend und ein wahres Musterbeispiel für die

rechtsextreme Opferpose ist: Schleyer imaginiert sich und seine Gesinnungsgenossen als verfolgte Rebellen, spricht von „DDR-Potential“ und „*stalinistischen Methoden der psychologischen Kriegsführung*“ und behauptet die „*gezielte Einschleusung offenkundig asozialer Elemente auf rechten Kundgebungen*“ (womit die Neonazis in den eigenen Reihen als von Außen eingeschleust stilisiert werden, freilich, ohne dafür auch nur einen einzigen Beleg vorbringen zu können). Die Grünen seien „*reif für ein Verbotsverfahren*“. Der widersprüchliche Schwenk von einer solchen autoritären Forderung zurück zu weiteren wehleidigen Anwürfe gegen seriöse JournalistInnen gelingt ihm erstaunlich schnell: „*Medienleute wie Michael Bonvalot oder Colette Schmitt [sic!] vom rosaroten ‚Standard‘ sehen ihre einzige Aufgabe darin, Mißliebigen aufzulauern und sie zu denunzieren, in der Hoffnung, ihnen größtmöglichen Schaden zuzufügen.*“ Er schreibt vom „*Konzept der sozialen Vernichtung*“, das ein „*Teil der psychologischen Kriegsführung der Linken*“ sei. Auch der Staat hängt da mit drin: Die AfD etwa werde „*durch Formen der sozialen Einschüchterung [geschwächt], die man sonst eher aus südamerikanischen Diktaturen kennt*“.

Dann verteidigt er „[besorgte Eltern](#)“, die „*gegen den staatlich verordneten Gender-Wahnsinn protestiert*“ hätten, weil sie nicht wollten, „*dass ihre Kinder in der Volksschule mit Dildos spielen und Schwulensex üben*“. Der Text schließt mit einer bizarren Anspielung auf die Weimarer Republik, also jene parlamentarische Demokratie, die von den Nazis zerstört wurde; Schleyer parallelisiert seinen politischen Kampf darin unverhüllt mit der faschistischen Rebellion gegen die Weimarer Republik: „*Der Linken und ihrer offenen Kriegsführung mit den härtesten Bandagen zu begegnen, ist zwar durchaus legitim, nicht aber zielführend, so lange wie einst in Weimar, Staat, ‚Justiz‘ und Verwaltung in ihren Händen liegen.*“

→ [Zum völkischen Eiertanz des Andreas Mölzer \(Teil 2\): Identitäres in Mölzers „Zur Zeit“](#)

3. ANTISEMITISMUS

Antisemitismus nach 1945 wird bekanntlich selbst in der rechtsextremen Publizistik eher selten offen bejaht, sondern vielmehr codiert vermittelt im Rahmen einer genaueklärerischen und antiliberalen Weltanschauung, etwa als Erzählung von der gezielten Zersetzung gewachsener Gemeinschaften (Völker) durch das konspirative Treiben von wurzellosen Bankern und „Globalisten“. Elemente von antisemitischer Ideologie werden nicht selten in Form von Codes vermittelt, eingebettet in eine verschwörungsfantastische, moralisierende und personalisierende Pseudokritik an der Globalisierung oder am Kapitalismus. Diese Erzählungen und Codes bleiben meist inhaltlich und rhetorisch am offenen Antisemitismus anschlussfähig. Immer werden dabei komplexe gesellschaftliche

Verhältnisse auf die sinistren Machenschaften strippenziehender Eliten – die mal als USA, mal als „Globalisten“, mal als „Schattenregierung“ benannt werden – reduziert.

3.1 SÜNDEBOCKMENTALITÄT & VERSCHWÖRUNGSNARRATIVE – VORHOF DES ANTISEMITISMUS

In dem oben bereits zitierten Artikel „Das neue Europa im Vormarsch“ (Nr 47/2018, S. 30-37) behauptet Redakteur Bernhard Tomaschitz, bezugnehmend auf den Verschwörungstheorien verbreitenden Ökonomen Peter König, dass die EU ein *„Konstrukt [sei], das unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA ausgedacht wurde“*. Behauptet wird eine gezielte Schwächung Europas durch eine *„außereuropäische Macht“*, die im Artikel mal konkret als USA benannt wird, mal als Globalisierung und mal als *„Neue Weltordnung“*. Von der westlichen Demokratie behauptet Tomaschitz, dass in ihr *„weniger das Volk bestimmt, sondern vielmehr die selbsternannte ‚Zivilgesellschaft‘ und diverse NGOs, die von fragwürdigen Hintermännern gesteuert werden“*.

Auch in Nr. 46/2018 bleibt Tomaschitz dem verschwörungstheoretischen Geraune treu: Diesmal geht es um den UN-Migrationspakt („Thema der Woche“, S. 28-36), und an einer Stelle schreibt er diesbezüglich von *„Bestrebungen von Verfechtern der Neuen Weltordnung, Europa mit Menschen aus dem Orient oder aus Afrika zu fluten“*. Ein anderer Autor spricht in Zusammenhang mit dem UN-Migrationspakt in einer kurzen Replik (S. 36) von den *„Pläne[n] einer Schattenregierung“*.

→ [Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ \(Teil 2\): So normal kann Extremes sein](#)

3.2 ANTISEMITISCHE CODES: PROJEKTIONSFLÄCHE SOROS

„Zur Zeit“ hat, wie zahlreiche andere rechtsextreme Medien und Akteure auch, den jüdischen Milliardär George Soros als personifizierte Zielscheibe für antisemitische Ressentiments gewählt. Die durchgehende Diffamierung von Soros entspricht gleichzeitig einem anderen Bestimmungsmerkmal des Rechtsextremismus: nämlich der *Personalisierung und Moralisierung des Politischen*.

In Nr. 47/2018 wird unmittelbar nach dem Editorial in einem anonymen Kurzbeitrag gegen die geplante Ansiedelung der Soros-Uni in Wien gepoltert: Es handle sich um eine „globalistische Kaderschmiede“, Österreich werde zum „Befehlsempfänger der Hochfinanz“.

Und in Nr. 45/2018, wieder unmittelbar nach dem Editorial, wird unter dem Titel „Soros ‚investiert‘ wieder“ die Behauptung kolportiert, George Soros fördere „Massenmigration“ und gleichzeitig nahegelegt, dass sich die Agenda von Soros mit jener vom UN-Migrationspakt decke. Dieser sei ein Beispiel dafür, wie „die Wünsche globalistischer Oligarchen in die Agenden von Schattenregierungen wachsen.“ Der kurze, anonyme Text schließt damit, dass es ihnen (also Soros und den Drahtziehern des UN-Pakts) nicht um temporären Schutz gehe, „sondern um die Zucht wurzelloser Individuen“.

Ebenso in Nr. 45/2018 (S. 19-21) geht wiederum Redakteur Tomaschitz der „Frage“ nach, ob nicht George Soros hinter der sogenannten „Migrantenkarawane“ stecke. Der Artikel trägt den Titel „Soros-Express‘ unterwegs“ mit dem Untertitel: „Spuren führen in den Dunstkreis des Spekulanten George Soros“. Tomaschitz verweist in seiner hanebüchernen Argumentation natürlich nicht auf seriöse Quellen, sondern ausschließlich auf rechte Fake-News-Akteure, wie etwa die verschwörungstheoretische Website „[WorldNetDaily](#)“ oder das Rechtsaußen-Internetmagazin „[American Thinker](#)“.

Immer wieder auffällig ist die Erwähnung von bekannten antisemitischen Projektionsflächen, obwohl dazu inhaltlich gar kein plausibler Zusammenhang besteht. So erwähnt etwa Tomaschitz mehrmals (etwa Nr. 47/2018, S. 35 oder Nr. 46/2018, S. 59) wenn es um den französischen Präsidenten Emmanuel Macron geht, dieser sei ein „ehemaliger Rothschild-Banker“.

Ähnliches gilt auch für die ständige Bezugnahme auf George Soros: etwa, wenn Tomaschitz (Nr. 47/2018, S. 35) über den Vorsitzenden der liberalen Fraktion des EU-Parlaments Guy Verhofstadt schreibt und nebenbei erwähnt, dieser sei ein „glühender Verehrer des Spekulanten George Soros“. Solche Codes („Rothschild“/„Soros“) funktionieren, weil sie sich bereits im antisemitischen Weltbild derartig etabliert haben, dass weitere Ausführungen zu ihnen nicht nötig sind; was auch den angenehmen Effekt haben dürfte, dass man sich nicht weiter angreifbar machen muss, sondern ohne heikle Erläuterungen einfach nur den Namen hinschreiben kann.

→ [Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ \(Teil 2\): So normal kann Extremes sein](#)

Am 23. März 2020 behauptet Redakteur Bernhard Tomaschitz in einem Artikel auf der Website von „Zur Zeit“ ¹, dass die „Europäische Stabilitätsinitiative“ (ESI), die er zur „Einwanderungslobby“ zählt, die Covid19-Krise zur „Förderung der Migration nach Europa“ nutzen möchte. Und dazu schreibt er weiter:

„Zu den Geldgebern der ‚Europäischen Stabilitätsinitiative‘ zählt übrigens die Open Society von George Soros. Und der milliardenschwere Spekulant gilt, wie im August 2016 die ‚Jerusalem Post‘ schrieb, als Förderer der Immigration, um ‚die Unterminierung der Identität und der demographischen Zusammensetzung westlicher Demokratien‘ voranzutreiben.“

Tomaschitz bedient damit in einem nur geringfügig schöngefärbten Vokabular die Verschwörungstheorie, wonach strippenziehende Juden den „Volkskörper“ (also die „demographische Zusammensetzung“) qua gesteuerter Migration zersetzen würden. Der antisemitische Wahn bekommt von Tomaschitz einen vermeintlichen Koscher-Stempel verpasst, indem er die israelische Zeitung „Jerusalem Post“ zitiert. Unerwähnt bleibt, dass der zitierte Artikel² von der rechtsaußen Journalistin [Caroline B. Glick](#) verfasst wurde, die regelmäßig für die rechtsextreme Website „Breitbart News“ schreibt und 2019 für die Partei „[Neue Rechte](#)“ zur Knesset-Wahl kandidierte.

Tomaschitz offenbart mit diesem (sehr kurzen) Artikel nicht zuletzt die plumpe Integrationskraft des rechtsextremen Weltbilds: Jedes Thema – und sei es eine Virus-Pandemie – wird letztlich auf Rassismus, Antisemitismus und die autoritäre Revolte gegen Medien runter gebrochen; kein Thema ist dem verschwörungsphantastischen Zugriff zu unwahrscheinlich oder thematisch zu weit entfernt, als dass es nicht als Mosaikstein eines geschlossenen Gebildes eingefügt werden könnte.

→ [Das Virus in „Zur Zeit“](#)

3.3 ANTISEMITISCHER HOHN I: „ANTISEMITISCHE BETÄTIGUNG“ ALS „BERECHTIGTE KRITIK“

In der Ausgabe 23-24/2019 (S. 16) verhöhnt Alexander Schleyer das Engagement des Antisemitismusbeauftragten der deutschen Bundesregierung, Felix Klein. Dieser hatte, als

¹ „Coronakrise soll Asyl-Einwanderung in die EU in Gang bringen“, 23.03.2020, erschienen auf der Website von „Zur Zeit“, zuletzt eingesehen: 04.04.2020

² „Our World: Soros’s campaign of global chaos“, 22.08.2016, erschienen auf der Website von „Jerusalem Post“, zuletzt eingesehen: 05.04.2020

Protest gegen die jährlich stattfindenden antisemitischen [Al-Quds-Aufmärsche](#), zum [öffentlichen Tragen der Kippa](#) aufgerufen. Schleyer nennt dieses Engagement gegen Antisemitismus einen „*skurril bis peinlich anmutende[n] Aktionismus*“ und er höhnt: „*Vielleicht wäre das eine Alternative für deutsche Rentner, ihre Halbglatze nicht mehr mit einer Haarsträhne verdecken zu müssen.*“ Das Verspotten von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Antisemitismus und andere menschenverachtende Ideologien ist in der extremen Rechten bekanntlich beliebt. Schleyer erwähnt dabei den Al-Quds-Tag nicht einmal, ist aber der Auffassung, dass der Solidaritätsaufruf von Klein „*an allen Ursachen vorbei*“ gehe, denn: „*Bis auf wenige Wirrköpfe am rechten Narrensaum gibt es – von berechtigter Kritik an gewissen Protagonisten und Staaten abgesehen – kaum noch antisemitische Betätigung.*“

Damit sagt er erfrischend direkt, dass es „antisemitische Betätigung“ in Form von „berechtigter Kritik“ gebe – eine tollpatschig formulierte, gleichzeitige Bejahung und Verleugnung von Antisemitismus.

Kodierter Antisemitismus funktioniert oftmals über vage Anspielungen, die die gewünschte Zielgruppe aber trotzdem erreichen. In diese Kerbe schlägt auch Schleyer, wenn er im oben zitierten Satz ohne weitere Erklärungen von „gewissen Protagonisten und Staaten“ raunt. Von der Verleugnung der Existenz eines ernstzunehmenden rechten Antisemitismus bzw. dessen Bejahung schwenkt Schleyer dann direkt auf die bekannte rechte Instrumentalisierung von Antisemitismus gegen Muslime um. Er schreibt:

„Das nämlich ist das Dilemma der Linken: Ihre Antisemitismuskeule als moralischer Totschläger funktioniert auf einmal nicht mehr, weil es nicht ‚die Nazis‘ sind, sondern die Moslems. Und die stehen ja unter linkem Artenschutz.“

Mit seinem Pauschalurteil über „die Moslems“ streut Schleyer also noch etwas anti-muslimischen Rassismus in seinen antisemitischen Spottkommentar.

3.4 ANTISEMITISCHER HOHN II: „AYATOLLAH DEUTSCH“

Ein weiteres Beispiel von antisemitischem Hohn liefert Stammautor Erich Körner-Lakatos auf der „Zur Zeit“-Website in einem kurzen Eintrag vom 24. Juni 2019 mit dem Titel „*Ayatollah Deutsch oder: Österreich auf dem Weg zum Gottesstaat*“³.

³ „Ayatollah Deutsch oder: Österreich auf dem Weg zum Gottesstaat?“, 24.06.2019, erschienen auf der Website von „Zur Zeit“, zuletzt eingesehen: 18.06.2020

Darin wird gegen den IKG-Präsidenten Oskar Deutsch gepoltert und dessen Kritik daran, dass ausgerechnet der Olympia-Burschenschafter [Martin Graf \(FPÖ\) im Kuratorium des Nationalfonds](#) für die Opfer des Nationalsozialismus aufgetaucht ist. Die IKG hatte wegen dieser Provokation ihr Mandat im Kuratorium des Nationalfonds ruhend gestellt. Deutsch hat zurecht darauf hingewiesen, dass Grafs Burschenschaft „*ein Hotspot für rechtsextreme Umtriebe*“ sei. Die Olympia hat mehrfach Neonazis zu ihren Events eingeladen und das DÖW weist „*seit über 20 Jahren auf ihre Verstrickungen mit dem organisierten Neonazismus hin*“, wie Andreas Peham 2017 gegenüber dem „[Standard](#)“ klarstellt. Martin Graf selbst hatte [Mitarbeiter mit Kontakten in die Neonazi-Szene](#) als parlamentarische Mitarbeiter angestellt.

„Zur Zeit“ revanchierte sich diesmal für die Reaktion der IKG, indem Körner-Lakatos Oskar Deutsch als „Ayatollah Deutsch“ titulierte. Er schreibt: Es gelte, „*den Anfängen zu wehren, den Rechtsstaat energisch zu verteidigen. Sonst landen wir in einem System wie im Iran, wo ein religiöser Wächterrat den demokratisch gewählten Amtsträgern übergeordnet ist.*“

Es ist infam und klar antisemitisch, den obersten Vertreter der jüdischen Community in Österreich mit dem Führer eines Regimes zu vergleichen, das mehrfach den Holocaust geleugnet hat und weiterhin von der Vernichtung Israels träumt. Es ist zudem vollends absurd, hier eine Unterwanderung des Staates anzudeuten – Körner-Lakatos spielt hier zumindest mit dem antisemitischen Verschwörungsnarrativ.

→ „Zur Zeit“: [Staatlich geförderter Antisemitismus](#)

4. REVISIONISMUS UND NS-RELATIVIERUNG

„Zur Zeit“ zeigt sich bezüglich offenem Geschichtsrevisionismus – anders als die eingestellte „Aula“ und deren kurzlebige Neuauflage „[Neue Aula](#)“ – zurückhaltend. Dass diese Zurückhaltung vermutlich lediglich taktischer Natur ist, legen die Beiträge von Stammautoren immer wieder nahe.

4.1 DAS „OFFIZIELLE GESCHICHTSVERSTÄNDNIS“

Im Editorial der Nr. 46/2018 kritisiert Herausgeber Andreas Mölzer im Bezug auf den Staatsakt vom 12. November 2018 in der Wiener Staatsoper (zum 100-jährigen Jubiläum der

Republik) das „offizielle Geschichtsverständnis“. Er schreibt: „So wichtig und richtig es war, Holocaust-Überlebende (...) einzuladen, so stellt sich dennoch die Frage, warum nicht aller Opfer gedacht wird.“ So auch der „etwa 260 000 Österreicher, die als Soldaten der Wehrmacht gefallen sind“.

Im selben Fahrwasser, aber unverblümter, kritisiert Mitherausgeber Walter Seledec am Beispiel des Soldaten Walter Nowotny, der „der erfolgreichste Österreicher als Jagdflieger in der Wehrmacht“ gewesen sei, wie mit dem Gedenken an Wehrmachtsoldaten umgegangen wird. Dabei bezeichnet er es als „neues böses Phänomen“, dass man damit beginne „viele Uniformträger der ehemaligen Deutschen Wehrmacht (die natürlich Österreicher waren) als Faschisten, Kriegsverbrecher und Vaterlandsverräter zu brandmarken.“ Das Skandalöse daran ist, dass es impliziert, nur wenige Wehrmachtsoldaten seien Faschisten und Kriegsverbrecher gewesen

→ [Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit“ \(Teil 2\): So normal kann Extremes sein](#)

4.2 „BEIM VOLK ÜBERAUS BELIEBT“ – LOB FÜR DEN SHOAH-MASSENMÖRDER ION ANTONESCU

Erich Körner-Lakatos, ein regelmäßiger Autor von „Zur Zeit“, fabuliert unter dem bizarren Titel „Ion Antonescu im Glück“ (Nr. 15, April 2019, S. 44-45) ein Loblied auf den faschistischen Diktator Rumäniens, unter dessen Herrschaft in Kollaboration mit den Nazis hunderttausende Juden, Jüdinnen und Roma ermordet wurden. Zudem verwendet der Artikel ein Foto von Antonescu, das von der englischsprachigen Website „Affirmative Right“⁴ stammt; dort wird nicht nur eine offen antisemitische und rassistische Ideologie vertreten, sondern auch der Holocaust geleugnet bzw. relativiert. Auf dem Foto, einer Bildmontage, der ein Hintergrund mit führergrüßenden Menschen hinzugefügt wurde, trägt der Massenmörder Antonescu ein Hakenkreuz-Emblem.

Das Antonescu-Regime war nicht nur ein opportunistischer Kollaborateur des Naziregimes, sondern auch ein herausragend engagierter Akteur der Menschenvernichtung. Bereits der Historiker Raul Hilberg, dessen Standardwerk zur Vernichtung der europäischen Juden und

⁴ „The Romanian ‚Night of the long Knives‘ – Ion Antonescu and the Overthrow of the Iron Guard“, 21.01.2018, erschienen auf der Website von „Affirmative Right“, zuletzt eingesehen: 18.06.2020

Jüdinnen aus den 1960er-Jahren stammt, hält unmissverständlich fest: „*Außer Deutschland war kein anderes Land in Judenmassaker solchen Ausmaßes verstrickt.*“ (Hilberg 2016, S. 812)⁵

Körner-Lakatos verliert kein Wort über die Ermordung von Juden, Jüdinnen und Roma, dafür weist er darauf hin, dass Antonescu „wegen seiner geradlinigen Haltung beim Volk überaus beliebt“ gewesen sei. Körner-Lakatos knüpft an den beliebten Anti-Dekadenz-Diskurs der extremen Rechten an, wenn er weiter erklärt: „*Ion Antonescu ist für die einfachen Menschen im Land geradezu ein Antipode zum verkommenen Leben der frankophilen Bukarester Oberschicht.*“

Dass das faschistische Rumänien ab der Machtübernahme von Antonescu ein NS-Satellit (und dementsprechend ein aktiver Akteur der NS-Vernichtungspolitik) war, klingt bei Körner-Lakatos lediglich in euphemistischen Tönen an: „*Deutsch-rumänische Achse: Christliche und konservative Kräfte genossen Rückendeckung aus Deutschland*“, heißt es neben dem Bild von der braunen Website.

Das Loblied endet bei den frühen politischen Erfolgen des Führers Antonescu: „*Der neue Staatsführer (Conducatorul al Statului Roman) geht energisch ans Werk.*“ Somit endet der Text genau so, dass der Genozid ab 1941 nicht mehr erwähnt wird und lediglich eine Art Heldengeschichte übrig bleibt, die das Narrativ des bodenständigen Politikers, der gegen das angeblich verkommene und dekadente Establishment aufbegehrt, bedient.

→ [Mölzers „Zur Zeit“: Heldenepos über einen faschistischen Massenmörder](#)

5. VÖLKISCHE IDEOLOGIE UND IDENTITÄRER RASSISMUS

Die auf den rechtsextremen Intellektuellen Renaud Camus zurückgehende völkische Verschwörungstheorie vom „Bevölkerungsaustausch“ wird von der sogenannten „Neuen Rechten“ (insbesondere den Identitären) bekanntlich offensiv verbreitet. Inzwischen ist der Slogan zu einer Chiffre geworden, die das ganze rechtsextreme Spektrum miteinander verbindet: Von AfD und FPÖ, über Identitäre und Neonazis, bis hin zu rechtsterroristischen Massenmördern wie dem Christchurch-Attentäter.

⁵ Auch Hannah Arendt hat bereits 1964 in ihrem Buch zum Prozess gegen Adolf Eichmann in Israel die herausragende antisemitische Barbarei in Rumänien unter Antonescu beschrieben. Sie zitiert sogar Hitler, der im August 1941, also kurz nach dem Befehl zur „Endlösung“, zu Goebbels gesagt habe, dass „ein Mann wie Antonescu in dieser Frage viel radikaler vorgeht, als wir es bisher getan haben“ (Hitler, zit. nach Arendt 2017, S. 297). Wie Hilberg verweist auch sie auf die Mixtur aus organisiertem Vernichtungswahn und jenem korrupten Opportunismus, der Geld daran verdiente Juden und Jüdinnen sich freikaufen zu lassen.

5.1 DER „VORANSCHREITENDE BEVÖLKERUNGSUSTAUSCH“

Auch „Zur Zeit“ bildet da keine Ausnahme: Zum Beispiel in der Ausgabe 43-44/2019 wird das Ideologem vom „Bevölkerungsaustausch“ im „Thema der Woche“ (S. 30-39) immer wieder bedient. Stammautor Bernhard Tomaschitz schreibt Folgendes: Den Grünen sei *„die Förderung der Einwanderung über das Asylsystem [ein wichtiges Anliegen], um auf diese Weise den Bevölkerungsaustausch zu beschleunigen.“* (S. 32) Er behauptet weiter, dass der *„voranschreitende Bevölkerungsaustausch“* durch die Zahlen der Statistik Austria bestätigt würde (S. 33). Und besonders entlarvend heißt es wieder zu den Grünen: *„an die Stelle nationaler Identität tritt die Dreifaltigkeit der Zivilreligion der politischen Korrektheit, nämlich ‚Freiheit, Demokratie, Menschenwürde‘.“*

Dem lässt sich nur zustimmen: Jene völkisch-nationale Identität, auf die Mölzer und Co abzielen, verträgt sich nicht mit Freiheit, Demokratie und Menschenwürde.

→ **Mölzer, die „Volksgemeinschaft“ und der „Bevölkerungsaustausch“**

Dass „Zur Zeit“-Autoren auch weiterhin nicht von der völkischen Verschwörungstheorie ablassen, belegt ein Eintrag auf der „Zur Zeit“-Website vom 12. Juni 2020, worin Bernhard Tomaschitz erklärt: *„Wie jüngst vom Österreichischen Integrationsfonds veröffentlichte Zahlen zeigen, schreitet in Wien der Bevölkerungsaustausch unvermindert voran.“*⁶

Das Festhalten am „Bevölkerungsaustausch“ hat für „Zur Zeit“ eine lange Tradition, die weit hinter das Auftauchen der Identitären zurückreicht: Andreas Mölzer hat bereits in den 1990er-Jahren dasselbe Konzept propagiert, allerdings mit der NS-Vokabel „Umvolkung“, von dessen Verwendung er sich **bis heute nicht eindeutig distanziert**.

5.2. „ASYLINDUSTRIE“, „MASSEINVASION“, „ZERSETZUNG“

Alexander Schleyer, der im Sommer 2017 als Schiffskapitän bei der identitären „Defend Europe“-Aktion teilgenommen hat, dem wohl prominentesten Unternehmen der „Identitären Bewegung“ (IB) überhaupt, hat bis letztes Jahr noch für beinahe jede Ausgabe von „Zur Zeit“ geschrieben. In Ausgabe 13/2019 (S. 30) spricht Schleyer in einem Kommentar mit dem Titel „Schiffe versenken“ von den *„Zersetzern in Behörden und*

⁶ „An Wiener Schulen sind einheimische Kinder und Jugendliche bereits die Minderheit“, 12.06.2020, erschienen auf der Website von „Zur Zeit“, zuletzt eingesehen: 17.06.2020

Parlamenten“ und von NGOs als „Verbrecher“, die Migranten „auf ihren schwimmenden Taxis übers Mittelmeer“ bringen würden. Und er warnt in brachial völkischer Manier, dass deren „wahnhafter Selbsthass die ethnische Zerstörung Europas“ befördere.

Andreas Mölzer selbst stellt in derselben Ausgabe (S. 59) die Behauptung auf, es gäbe eine „Asylindustrie“, die sich „in der Folge der Masseninvasion des Jahres 2015 auch hierzulande etabliert“ habe. Lediglich diese beiden Artikel zusammen betrachtet ergeben bereits eine sehr identitär klingende Propaganda-Melange: Die völkische Angst vor „Zersetzung“, Flüchtlinge als „Invasoren“, Europa wird „ethnisch“ zerstört, eine „Asylindustrie“ zieht die Fäden und bedient ihre Geschäftsinteressen. Das ist übrigens nach dem Massaker von Christchurch und nach der verbalen Abgrenzung der FPÖ von der IB geschrieben worden.

→ **Zum völkischen Eiertanz des Andreas Mölzer (Teil 2): Identitäres in Mölzers „Zur Zeit“**

Hier ist anzumerken, dass diese beiden Textbeispiele sehr willkürlich gewählt sind, denn „Zur Zeit“ verwendet bezüglich der Flüchtlings-Thematik durchgehend ein rassistisch-diffamierendes Vokabular. In der Ausgabe 46/2018, in der es u.a. um den UN-Migrationspakt geht, fallen immer wieder Begriffe wie: „Asylindustrie“, „Asyllobby“, „Antidiskiminierungswahn“, „Migrantenwelle“, etc.

Im Sommer 2019 stellt „Zur Zeit“ einen Kommentar mit dem Titel „*Rette sich wer kann. Jeder für sich alleine*“ online, der das normale tiefe Niveau nochmals deutlich unterbietet. Darin beklagt der Autor in wahnhafter Weise die angeblich durchgehend unsichere Situation, in der „wir“ uns befänden, weil – so der Tenor – „*Terroranschläge in den Hintergrund [treten] zugunsten einer schleichenden Machtübernahme mit Hilfe einer Taktik der Beherrschung des öffentlichen Raumes durch grausame sowie brutale Nadelstiche*“⁷. Jene Akteure, die da die Macht vermeintlich übernehmen, sind zwar als Subjekt nicht genannt, klar ist jedoch, dass es sich um Geflüchtete handelt, die im Artikel pauschal als „*verantwortungslos importierte Bestien*“ tituliert werden. Im Konkreten wirft „Zur Zeit“ der deutschen Bundesregierung vor, „*130 potentielle Vergewaltiger, Kindermörder, Drogenhändler etc. von einem Schiff im Mittelmeer aufzunehmen zu wollen*“. Auf diese Passagen in einem **Talk des „Standard“**⁸ angesprochen, distanzierte sich Andreas Mölzer zwar von der Wortwahl („*Das würde ich so in keiner Weise wollen*“), um im selben Atemzug festzuhalten: „*Ich bin Herausgeber und nicht Zensor.*“

⁷ Nachdem „Stoppt die Rechten“ im April 2020 eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Wien wegen des Verdachts auf Verhetzung eingebracht hat, wurde der Artikel von der Website genommen.

⁸ ab Minute 18

Auffällig ist, dass rassistische Behauptungen in „Zur Zeit“ normalerweise offener ausbuchstabiert werden, wenn es um ein in der österreichischen Öffentlichkeit wenig bekanntes Thema geht. So wird zum Beispiel in der Ausgabe 47/2018 in einem kurzen, anonymen Beitrag mit dem Titel „Vergessene Brüder“ eine YouTube-Dokumentation der [Alt-Right](#)-Aktivistin Laura Southern gelobt. In dem Film geht es um angeblichen Rassismus gegen Weiße in Südafrika. Die kurze Rezension versteigt sich zu der Lüge, Weiße würden einer „systematischen Vernichtung durch brutale Morde“ zum Opfer fallen, es handle sich um einen „verschwiegene[n] Völkermord“.

Ein weiteres Beispiel: Unter dem vielsagenden Titel „Zersetzung von innen“ erklärt Gastautor Andrew Moffat in einem dreiseitigen „Zur Zeit“-Artikel der Ausgabe 18/2019 (S. 38-40), was „der Westen“ von dem seinerzeitigen Apartheid-Staat Rhodesien lernen könne. Der Text ist ein außerordentliches Beispiel für die Verbindung von Verschwörungsparanoia, Rassismus und einer rechtsextremen Umdeutung der Geschichte, die den historisch unzweifelhaften Staatsrassismus von Rhodesien zu einem hehren Konservatismus verklärt, der sich der „Neuen Weltordnung“ entgegengesetzt habe. Der Autor schreibt etwa: „Historiker sahen Rhodesien damals zunächst als die ‚letzte Bastion‘ des Christentums und der westlichen Werte gegen den Angriff verborgener Kräfte aus New York und Moskau.“

→ [Rassismus in „Zur Zeit“ – Rhodesien, „Zersetzung“ und „Globalismus“](#)

6. FAZIT

Dieses Dossier hat sich auf spezifische Kategorien fokussiert (insbesondere Autoritarismus, Antisemitismus, völkischer Rassismus), weshalb andere wesentliche Elemente des Rechtsextremismus in „Zur Zeit“ hier unterbeleuchtet bleiben bzw. nur gestreift wurden. So zum Beispiel der durchgehend und aggressiv vertretene Antifeminismus, die Agitation gegen Homosexuelle und Transpersonen sowie gegen Roma, der Hass gegen „Mainstream-Medien“, insbesondere den ORF, und gegen Linke allgemein.

Die Blattlinie von „Zur Zeit“ entspricht keiner zu fördernden Position im Sinne des Meinungspluralismus einer demokratischen Öffentlichkeit. Die völkische Agitation, der sich „Zur Zeit“ verschrieben hat, rebelliert entlang der zentralen Kategorien des Rechtsextremismus gegen die liberal-demokratische Gesellschaftsordnung. Kurz: „Zur Zeit“ ist rechtsextrem. Folglich wird die liberale Gesellschaft – mal spöttisch, mal offen aggressiv, mal in einer wehleidigen Untergangs-Rhetorik – ständig als Feindbild aufgebaut und – mal verhalten, mal ganz offen – der Zersetzung der „Volksgemeinschaft“ bezichtigt.

Letztlich wendet sich die Hetzschrift über die systematische und aggressive Verbreitung völkischer Ideologie also gegen die Demokratie bzw. gegen deren irreduzible Voraussetzung: dass das Individuum – und nur das Individuum – Träger von Menschenrechten ist und dementsprechend die Politik dem Recht zu folgen hat. Und nicht umgekehrt, wie das der ehemalige Innenminister Kickl im antidemokratischen Carl-Schmitt-Jargon gefordert hat und es von „Zur Zeit“ verteidigt wurde. Wer dies umdrehen, umdeuten oder relativieren möchte, hat sich nicht nur wissentlich vom antifaschistischen Konsens verabschiedet, sondern auch von den Grundpfeilern des liberalen Rechtsstaats und darf folglich nicht durch den Staat gefördert werden, dessen Destruktion als demokratisches Gebilde propagiert wird.

„Stoppt die Rechten“ im Juni 2020

IMPRESSUM

Verein „Stoppt die Rechten“

Belvederegasse 10/1

1040 Wien

Kontakt: kontakt@stopptdierechten.at

Web: stopptdierechten.at

Twitter: [@stopptrechte](https://twitter.com/stopptrechte)

Facebook: facebook.com/stopptdierechten